

P R e s s e

S P i e g e l

Polen - Pressespiegel 20/2024 vom 16.05.2024

Das finden Sie in dieser Ausgabe

- „Ein politischer Sieg für Donald Tusk“. Ausländische Medien über die Entscheidung der Europäischen Kommission zu Artikel 7
- Die PiS-Politiker haben Recht, dass die Europäische Union anders ist als die, der Polen beigetreten ist
- Sikorski bei Fox News: Wir wissen nicht, ob Putin aufhören wird
- Dryjańska: Mich trifft der Schlag, wenn ich der PiS in Sachen Szmydt zuhöre. Geht es noch dümmmer? Warten wir ab
- Ein solches Gerichtsverfahren hat es in Polen noch nie gegeben. Schlesischer Einwohner verklagt den polnischen Präsidenten wegen Verletzung der Verfassung
- „Gazeta Wyborcza“ stellte fest, dass der Richter Szmydt, der nach Weißrussland geflohen war, darüber entschied, wem er Zugang zu geheimem Material gewährte, auch der NATO

Dazu wie immer ein Cartoon von Andrzej Mleczek und zum Schluss mal ein kluger, mal ein dummer Spruch der Woche

„Ein politischer Sieg für Donald Tusk“. Ausländische Medien über die Entscheidung der Europäischen Kommission zu Artikel 7



Quelle: [tvn24.pl](https://www.tvn24.pl)

„Ein politischer Sieg für Donald Tusk“, „eine Chance, das Blatt zu wenden“ und eine Folge des „EU-freundlicheren Kurses“ Polens - so kommentieren die europäischen Medien die Entscheidung der Europäischen Kommission, das Artikel-7-Verfahren gegen Polen einzustellen.

Die Europäische Kommission hat am Montag angekündigt, dass sie das Verfahren nach Artikel 7 gegen Polen einstellen wird. Nach Ansicht der Kommission besteht keine ernsthafte Bedrohung der Rechtsstaatlichkeit in Polen mehr. Die Kommission überlässt die Bewertung der Einstellung des Verfahrens nach Artikel 7 dem EU-Rat, der auf der Grundlage seiner Analyse auf der nächsten Tagung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten“ am 21. Mai in Brüssel entscheiden kann. Zu diesem Zeitpunkt werden die EU-Minister über die nächsten Schritte gemäß Artikel 7 beraten. Die Mitgliedstaaten können die Vorschläge der Europäischen Kommission unterstützen und beschließen, das Verfahren einzustellen.

Medien über „Durchbruch“ in den Beziehungen zwischen Warschau und Brüssel

„Der Kampf der Europäischen Kommission mit Polen um die Rechtsstaatlichkeit neigt sich dem Ende zu“, schrieb **Politico**, am Montagnachmittag und wies darauf hin, dass, wenn das Verfahren nach Artikel 7 gegen Polen eingestellt wird, „das einzige EU-Land, gegen das Sanktionen nach Artikel 7 verhängt werden könnten, Ungarn wäre“. Reuters berichtete, dass das Verfahren gegen Polen eingeleitet wurde, „als das Land von der rechtsextremen populistischen PiS-Partei regiert wurde“. „Der liberale EU-Befürworter Donald Tusk wurde letztes Jahr Ministerpräsident und brachte Polen auf einen EU-freundlicheren Kurs“, schrieb **Reuters**.

„Der Durchbruch ist ein politischer Sieg für Premierminister Donald Tusk, der nach seinem Amtsantritt im vergangenen Jahr die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Warschau und Brüssel zu einer der

Prioritäten seiner pro-europäischen Regierung gemacht hat.“ Dies ist ein Auszug aus einem Artikel, den das Portal **Euronews** am Montag veröffentlichte.

„Gute Nachrichten aus Brüssel“

Das Portal „**Financial Times**“ bezeichnete das Ende des Rechtsstaatlichkeitsstreits als eine „Folge“ von Tusks Sieg bei den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr. „Ein Zeichen der Entspannung (in den Beziehungen zwischen Polen und der EU - Anm. d. Red.) war die Zustimmung Brüssels, 137 Milliarden Euro an EU-Mitteln freizugeben, die wegen des Rechtsstaatlichkeitsstreits eingefroren waren“, berichtete die ‚FT‘. Das Portal der britischen Tageszeitung zitierte auch Justizminister Adam Bodnar, der am Montag in einem X-Beitrag schrieb: „Großartige Nachrichten aus Brüssel! Vielen Dank, Frau von der Leyen, für Ihre Zusammenarbeit und Unterstützung! Polen stellt konsequent die Rechtsstaatlichkeit wieder her. Wir sind entschlossen und unseren gemeinsamen europäischen Werten verpflichtet“.

Bodnar kommentierte damit einen Beitrag von Ursula von der Leyen, die am Montag in den sozialen Medien mitteilte, dass „heute ein neues Kapitel für Polen begonnen hat“. „Nach mehr als sechs Jahren glauben wir, dass das Verfahren nach Artikel 7 abgeschlossen werden kann. Ich gratuliere Ministerpräsident Donald Tusk und seiner Regierung zu diesem wichtigen Durchbruch. Er ist das Ergebnis von Polens harter Arbeit und seiner Entschlossenheit zu Reformen.“, schrieb der Chef der Europäischen Kommission in X.

Zsfg.: JP

<https://tvn24.pl/polska/unia-europejska-walka-o-praworzadnosc-dobiega-konca-zagraniczne-media-o-decyzji-ke-w-sprawie-art-7-st7902004>



www.mleczko.pl

Kabinett des Präsidenten des Ministerrats

REKONSTRUKTIONSGRUPPE

Wie rekonstruieren?
Warum rekonstruieren?
Wozu rekonstruieren?
Wann rekonstruieren?

Zsfg.: JP

Mehr Informationen über den Künstler findet man auf den offiziellen Seiten:

<http://www.mleczko.pl/> und <http://www.sklep.mleczko.pl/>

Die PiS-Politiker haben Recht, dass die Europäische Union anders ist als die, der Polen beigetreten ist



Quelle: wyborcza.pl

Ein Kommentar von **Bartosz T. Wieliński**

Von der Schaffung eines europäischen Superstaates wird im Grunde nur vom Parteivorsitzenden der PiS gesprochen, weder die Deutschen oder Franzosen sprechen davon, noch die Brüsseler Beamten.

Jarosław Kaczyńskis antieuropäische Kehrtwende empört und überrascht. Es ist schwer zu verstehen, wie ein Politiker, der vor 17 Jahren nach langen telefonischen Verhandlungen mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel den Bestimmungen des Vertrags von Lissabon zustimmte (und sein Bruder, Präsident Lech Kaczyński, ratifizierte den Vertrag nach einem halben Jahr des Zögerns), mit steinerner Miene behaupten kann, dass die Lösungen, denen er selbst zugestimmt hat, zu einer nationalen Katastrophe führen würden.

Dass die Europäische Union, nachdem sie die polnische Nation ausgelöscht und ihre Ernährung gewaltsam von Fleisch auf Würmer umgestellt hat, Polen seine Goldreserven entziehen und das, was vom Land übriggeblieben ist, in eine deutsche Müllhalde verwandeln würde.

Im Jahr 2015 waren PiS-Politiker empört, als sie als Euroskeptiker bezeichnet wurden. Bevor Präsident Andrzej Duda anfang, von einer „imaginären Gemeinschaft“ und einem „Märchen für Trottel“ zu sprechen, schlug der Leiter des Außenministeriums, Witold Waszczykowski, in seinem ersten parlamentarischen

Exposé vor, dass die Union nur repariert werden müsse. Viele etablierte Politiker in Europa hätten dieser These damals zugestimmt. Inzwischen ist die Union für die Politiker der PiS eine größere Bedrohung als Russland, ein Besatzer vergleichbar mit dem Dritten Reich oder der UdSSR.

Wie erklären sie diese Entwicklung oder gar Radikalisierung? Mit Verrat an den europäischen Idealen. „Die heutige Europäische Union unterscheidet sich nicht nur von dem Projekt, das in der Vision der Gründerväter der EU enthalten war, sondern auch von dem Projekt, dem wir am 1. Mai 2004 beigetreten sind“, erklärte Kaczyński kürzlich. In diesem Zusammenhang, dass die EU einen falschen Weg eingeschlagen hat, wird oft der Name von Robert Schuman genannt, dem Chef der französischen Diplomatie und Mitbegründer der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, einer Organisation, die als Prototyp der Europäischen Union gilt.

Die Institution, die den Kohleabbau und die Stahlproduktion koordinieren sollte, wurde von den ewigen Feinden Frankreich und Deutschland zusammen mit Belgien, den Niederlanden, Luxemburg und Italien gegründet. Die von Schuman in einer besonderen Erklärung am 9. Mai 1950 (dessen Jahrestag als Europatag gefeiert wird) verkündete Idee war, dass die gemeinsame Kontrolle über die Produktion und den Abbau strategischer Materialien die Gefahr eines neuen Krieges abwenden würde. In Westeuropa sollte endlich Frieden herrschen, was auch tatsächlich geschah.

Die Faszination der PiS für Schuman rührt jedoch nicht von seinen pazifistischen Motiven her, sondern von anderen Überzeugungen. Schuman war praktizierender Katholik und Aktivist in katholischen Organisationen, er machte keinen Hehl aus seinem Glauben und schöpfte daraus Inspiration als Politiker, Aktivist in der französischen Résistance und schließlich als Pionier der europäischen Einigung.

Der selige Robert Schuman. Wird er bald ein Heiliger sein?

Ich habe die Veröffentlichungen über Schuman auf den Seiten des französischen Episkopats gelesen. Es entsteht das Bild eines herausragenden Humanisten, eines Demokraten, eines Mannes, der nicht von Ehrgeiz, sondern von Demut vor Gott und dem Willen, den Menschen zu dienen, angetrieben wurde. Sein größtes Verdienst war es, die Versöhnung und Zusammenarbeit zwischen den sich bekriegenden Ländern Europas zu fördern. Vor drei Jahren erkannte Papst Franziskus die heroischen Tugenden des 1963 Verstorbenen an und verlieh ihm den Titel eines ehrwürdigen Dieners Gottes. Dies ist ein Vorspiel für die Selig- und möglicherweise Heiligsprechung des Politikers.

Ich lese polnische Veröffentlichungen über Schuman auf einem bestimmten Portal, das großzügig vom Gerechtigkeitsfonds der Leute von Zbigniew Ziobro gesponsert wird. Ich erfahre, dass Schuman versuchte, „christliche Ideale in die Praxis umzusetzen, das Leben der Gemeinschaft so zu organisieren, dass sie nicht im Widerspruch zur Lehre der Kirche stehen“, weil er verstand, dass „der Kontinent auf Jesus Christus gegründet wurde“ und dass „diese große Tradition die Europäer stärkt“. Heute seien solche Überzeugungen „in Brüssel undenkbar, weil das Christentum dort als Problem und nicht als erstrebenswerter Weg angesehen wird“.

Und noch ein interessanter Gedanke: „Schuman mit der aktuellen Gestalt der Europäischen Union in Verbindung zu bringen, ist eine List. Er wird als Feigenblatt benutzt, um die EU für die europäischen Katholiken glaubwürdig zu machen.“ Offenbar kennen die französischen Geistlichen, Schumans Landsleute, ihn weniger gut als seine PiS-Apologeten.

Aber das Argument der polnischen Rechtspopulisten, Schuman würde die heutige Union verachten, ist genauso rational wie die Behauptung, Józef Piłsudski hätte ein Problem damit, das heutige Polen zu akzeptieren. Es ist unseriös, historische Persönlichkeiten in die heutige Realität zu übertragen und ihre Ansichten mit Problemen zu konfrontieren, die zu ihren Lebzeiten nicht existierten. In der Propaganda der PiS wird dies jedoch in bester Manier fortgesetzt.

Weil der Katholik Schuman, der zukünftige europäische Heilige, im Gegensatz zu den heutigen EU-Politikern steht, die oft eine sehr kühle Einstellung zur Religion haben. Die Europäische Union ist ein komplexes Rechtssystem, ein Ökosystem aus europäischen und nationalen Institutionen, dessen Handeln praktisch jeden Bereich unseres Lebens betrifft. Die PiS pickt sich ein paar Steinchen aus diesem Mosaik heraus: Abtreibung, Würmer, Elektroautos - und startet Angriffe auf die Idee der Gemeinschaft. Und aufs Banner setzt sie ihr eigenes Bild von einem fast heiligen Politiker...

Schumann war Christdemokrat, genau wie die anderen Gründerväter des Vereinten Europas: der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer oder der italienische Ministerpräsident Alcide De Gasperi. Die Christdemokraten gibt es heute noch und es geht ihnen gut. Den Mitgliedern einer großen Fraktion im Europäischen Parlament das Recht, auf christliche Wurzeln zu nehmen, ist ein schwerer Missbrauch. Die PiS hat damit kein Problem, da sie seit 2009 kein Mitglied der Christdemokraten im Europäischen Parlament ist. Aber kann man ernsthaft behaupten, dass Politiker aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts bessere Christen waren als ihre heutigen Pendants?

Kann man auch davon ausgehen, dass sie nicht wollten, dass die Länder Europas den Bedrohungen gemeinsam begegnen können? Als die Montanunion gegründet wurde, schwebte über Westeuropa die Gefahr einer Wiederholung von 1918. Ein gedemütigtes Deutschland würde wieder zu seiner alten Stärke zurückfinden und sich an seinen Nachbarn rächen wollen. Was wäre, wenn sie sich den Herausforderungen der letzten 10 Jahre stellen müssten? Eine globale Krise, eine Pandemie, eine Migrationskrise, Russlands Einmarsch in der Ukraine? Lassen Sie uns spekulieren.

Wie würde Kaczyńskis Europäische Union aussehen

Jarosław Kaczyński, gefolgt von einem Chor von Jasagern, behauptet, wir seien 2004 einer anderen Union beigetreten. Das ist richtig. Die Union funktionierte damals auf der Grundlage des 2001 ausgehandelten Vertrags von Nizza. Zum Zeitpunkt des Gipfels in der französischen Mittelmeermetropole, als heftig über die Stärke der polnischen Stimmen im EU-Rat gestritten wurde (angeblich aufgrund eines Schreibfehlers wurde die Zahl der Polen zugewiesenen Stimmen von 27 auf 26 reduziert, aber die Angelegenheit wurde erfolgreich entschärft), war klar, dass die Gemeinschaft auf der Grundlage dieses Dokuments nicht in der Lage sein würde, globale Probleme zu bewältigen.

Im Jahr 2004 wurde in Rom eine Verfassung für Europa unterzeichnet, doch der Entwurf wurde von Frankreich und den Niederlanden in Volksabstimmungen abgelehnt. Die Vereinbarungen traten in einer gekürzten Fassung - um den Eindruck zu beseitigen, dass Europa die Eigenschaften eines Staates haben würde - als Vertrag von Lissabon in Kraft.

Ohne diesen Wandel gäbe es für die Europäische Union keine Grundlage, sich für den Schutz der Außengrenzen zu engagieren. Sich – auch wenn sie das unbeholfen tut - an der Außenpolitik zu beteiligen. Um Waffenkäufe für die Ukraine zu finanzieren, um die europäische Verteidigung zu stärken.

Während der Pandemie wären wir ohne eine solche Zusammenarbeit der Gemeinschaft ebenfalls auf uns allein gestellt gewesen. Die Versorgung mit Impfstoffen gegen das Coronavirus hätte jedes Land für sich selbst aushandeln müssen, die reichen Länder hätten sie zuerst bekommen. Nun, und es gäbe auch kein Geld für den Nationalen Wiederaufbaufonds. Die EU wäre als Gemeinschaft nicht in der Lage gewesen, Schulden zu machen.

PiS fordert schon seit Langem, dass die EU zu den Zeiten einer Staatengemeinschaft zurückkehren sollte, die frei untereinander Handel trieb. Eine solche Demontage der EU würde zum Beispiel bedeuten, dass die Rolle in der PiS-Parteizentrale verhassten EU-Institutionen eingeschränkt würde. Die Kommissare wären nicht in der Lage, bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit einzugreifen, Europa hätte keine Möglichkeit, sich gegen die Unterdrückung von Medien oder Minderheiten zu wehren.

Aber würde eine solche Union in einer Welt Sinn machen, in das Russland versucht, sein Imperium wieder aufzubauen, ohne dabei vor Verbrechen zurückzuschrecken, in der Chinas globale Expansion im Gange ist

und die Beziehungen zu den USA auf die Probe gestellt werden? Wäre eine lose Gemeinschaft von Nationen in der Lage, sich gegen die Auswirkungen des Klimawandels und der unkontrollierten Migration zu wehren? Würde sie ein wirtschaftliches Kraftzentrum bleiben, ein Nährboden für neue Technologien, ein riesiger Markt?

Die PiS behauptet, dass Schuman gegen die Schaffung eines europäischen Superstaates war. Das geht so weit, dass jedoch nur der PiS-Vorsitzende von der Schaffung eines solchen Staates spricht, um vor den Deutschen Angst zu machen, die angeblich neue Version des Reiches aufbauen. Schuman hingegen – aus dem, was wir von ihm wissen - verstand das Christentum als Demokratie, Toleranz, Humanismus. Die hasserfüllte Verunglimpfung von Gegnern durch Politiker der PiS hat nichts mit seinem Erbe zu tun.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/magazyn/7,124059,30954477,politycy-pis-maja-racje-ze-unia-europejska-rozni-sie-od-tej.html>

Sikorski bei Fox News: Wir wissen nicht, ob Putin aufhören wird



Quelle: wyborcza.pl

„Wir kamen den USA zu Hilfe, als Sie am 11. September angegriffen wurden. Polen selbst hat eine Brigade in den Irak und dann nach Afghanistan geschickt. Jetzt brauchen wir Sie in Mitteleuropa“, argumentierte der Chef des Außenministeriums im rechtsgerichteten US-Sender Fox News.

Der Auftritt bei Fox News - einem Sender, der bei republikanischen Wählern beliebt ist, von denen ein großer Teil die Ukraine nur ungern unterstützt - war ein weiterer Höhepunkt des seit Freitag andauernden Besuchs von Radosław Sikorski in den USA.

Der polnische Minister traf unter anderem mit dem neuen Direktor des Nationalen Sicherheitsrates für europäische Angelegenheiten, Mike Carpenter, und Experten des in Washington ansässigen Institute for the Study of War (ISW) zusammen.

Am Samstag sprach er auch mit General Keith Kellogg, der häufig bei Fox auftritt und in Kreisen von Trump verkehrt und kürzlich vorschlug, eine NATO der zwei Geschwindigkeiten zu schaffen - für Zahlende und Nichtzahlende. Solche Äußerungen von Donald-Trump-Anhängern sollen Europa zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben mobilisieren, stellen aber gleichzeitig die Einheit des Bündnisses infrage und untergraben die kollektive Abschreckung.

Sikorski bei Fox News: Die Russen wollen eine weitere Flüchtlingswelle auslösen

Auf die Frage, wie er die aktuelle Lage in der Ukraine einschätze, antwortete Sikorski: „Nun, es ist ein gemischtes Bild. Russland hat die Initiative an Land zurückgewonnen, aber die Ukraine hat die russische Marine im Schwarzen Meer besiegt und kann nun ihr Getreide durch die Bosphorusstraße auf die

internationalen Märkte exportieren. Auch in der Luft hat die Ukraine die russische Vorherrschaft verhindert, obwohl es ihr leider an Raketen für ihre Patriot-Systeme mangelt und die Russen nicht nur Kraftwerke, sondern auch zivile Ziele und Gasspeicher angreifen.“

Die Sendung enthielt eine kurze Erklärung der Direktorin des Nationalen Nachrichtendienstes, Avril Haines, die sagte, dass die russischen Bombardierungen die Truppen- und Ausrüstungslieferungen behindern würden und dass der Krieg nicht so bald zu Ende gehen würde. Sikorski stimmte ihr zu. „Darüber hinaus glaube ich, dass die Russen versuchen, die ukrainische Wirtschaft zu ruinieren, um eine weitere Flüchtlingswelle auszulösen. Das sind alles verbotene Taktiken. Das sind Kriegsverbrechen“, betonte er.

Sikorski: Polen ist Spitzenreiter bei den Verteidigungsausgaben innerhalb der NATO

Als der Moderator das vom Kongress verabschiedete 61-Milliarden-Dollar-Hilfspaket für die Ukraine erwähnte, sagte Sikorski, Europa sei Präsident Joe Biden und dem Sprecher des Repräsentantenhauses Mike Johnson dankbar. Er betonte jedoch, dass diese Summe die Ausgaben der USA und Europas zur Unterstützung der Ukrainer grob auf etwa 120 Milliarden Dollar von jeder Seite ausgleicht. Dies ist eine Anspielung auf Donald Trumps Behauptung, die USA würden deutlich mehr ausgeben.

„Ich hoffe nur, dass die in den Vereinigten Staaten hergestellte Ausrüstung an die Front gelangt und den Helden hilft, ihr Land zu verteidigen“, fügte der polnische Minister hinzu. Er betonte, dass Polen im Verhältnis zum BIP von allen NATO-Ländern, einschließlich der USA, am meisten für die Verteidigung ausgibt (rund 4 Prozent des BIP) und versucht, die Verbündeten zu mobilisieren, um das auf dem Gipfeltreffen des Bündnisses 2014 festgelegte Ziel zu erreichen, mindestens 2 Prozent des BIP für die Verteidigung auszugeben.

„Wir wissen nicht, ob Putin aufhören wird. Putin bedroht andere Länder, er ist eine Bedrohung für uns alle. Wir sind den Vereinigten Staaten zu Hilfe gekommen, als Sie am 11. September angegriffen wurden. Polen selbst hat eine Brigade zuerst in den Irak und dann nach Afghanistan geschickt. Jetzt brauchen wir Sie in Mitteleuropa“, sagte Sikorski.

Er stellte fest, dass die NATO zu ihrer ursprünglichen Aufgabe zurückgekehrt sei, ein aggressives Russland abzuschrecken. „Wir haben beim ersten Mal gewonnen, und ich denke, wir werden das auch beim zweiten Mal tun“, erklärte er.

Zsfg.: AV

<https://wyborcza.pl/7,75399,30942764,sikorski-w-fox-news-nie-wiemy-czy-putin-sie-zatrzyma.html>

Dryjańska: Mich trifft der Schlag, wenn ich der PiS in Sachen Szmydt zuhöre. Geht es noch dümmmer? Warten wir ab



Quelle: natemat.pl

Ein Kommentar von **Anna Dryjańska**

Manche träumen von einer Reise in warme Länder, andere, wie Tomasz Szmydt, setzen sich einfach ins Auto und fahren zu einem warmherzigen Mann, was laut Stanisław Karczewski von der PiS der Diktator von Belarus ist. Das Problem ist jedoch nicht nur der Verrat des Lieblings der PiS. Rund um die Flucht des Mannes von Ziobro lügen die Leute von Kaczyński im großen Stil und so ungeschickt, als hielten sie die Polen für Vollidioten. Sie führen einen hybriden Krieg gegen ihre eigene Gesellschaft: Sie nennen Weißschwarz und Schwarz-weiß.

Einem Menschen, der Fakten und Logik respektiert, kann es auffallen, dass die PiS sie mit besonderer Grausamkeit vergewaltigt. Ich bin angewidert von dem, was ich seit Montag von der ehemaligen Machtelite über Tomasz Szmydt gehört habe, in dessen Namen er Richter verfolgen (mit anderen Worten: disziplinieren) sollte, die der PiS bei ihrem Bestreben, die Justiz parteipolitisch zu machen, nicht gehorchten. Plötzlich kennt niemand mehr Herrn Szmydt oder kennt ihn nur noch vom Sehen. Man kann aber auch noch weitergehen.

Die PiS verleugnet Szmydt nach dessen Flucht nach Belarus

Die großzügig bezahlten Propagandisten der früheren Regierung, die Brüder Karnowski, die ein Interview mit dem russischen Botschafter nach dem Angriff auf die Ukraine veröffentlicht haben, versichern eifrig,

dass sie sich nicht daran erinnern können, dass Richter Szmydt in ihren Medien war (er war es, und zwar viele Male). Jarosław Kaczyński lügt, dass der Mann, der für seine Regierung die Drecksarbeit machen sollte, um Richter zur Unterwerfung unter die PiS-Machthaber zu zwingen, in Wirklichkeit mit der Koalition des 15. Oktober in Verbindung steht (in Polen unter Tusk gefiel es Szmydt so gut, dass er nach Belarus floh; ja, Herr Kaczyński, das macht Sinn).

Die ehemaligen stellvertretenden Minister von Zbigniew Ziobro, Łukasz Piebiak und Sebastian Kaleta, versuchen, sich von einem ehemaligen Untergebenen zu distanzieren, der tagsüber ... Richter disziplinieren sollte und abends zusammen mit der Machtelite des Justizministeriums in einem Hass-Chatroom böse Gerüchte über Richter austauschte, die den Ring des Parteivorsitzenden nicht küssen wollten.

Nun, Szmydt wurde für das Ministerium „gewonnen“ (Piebiak) oder „hat sich rekrutieren lassen“ (Kaleta). Habt ihr euch denn nie selbst dorthin rekrutiert, wo ihr arbeiten wolltet? Wir werden bestimmt bald herausfinden, dass dieser Angehörige der PiS-Kaste sein eigener Chef war und sich selbst ein staatliches Gehalt zahlte. Und dann setzte er sich selbst auf den Stuhl des Leiters des Rechtsbüros beim PiS-KRS (dem parteiischen Nationalen Rat der Justiz).

Wer weiß, vielleicht stellt sich in ein paar Tagen heraus, dass Szmydt niemals Rechtsbeistand von einem Anwalt von Ordo Iuris erhalten hat, einer Organisation, die von der vorherigen Regierung umgarnt wurde und von der Marta Lempart vom Frauenstreik nicht sagen durfte, dass sie vom Kreml finanziert wird. Wahrscheinlich war es auch Szmydt selbst, der im Schutze der Dunkelheit in ganz Polen Plakate aufhängte, die Richter als Wurstdiebe darstellten. So viele Zufälle, so wenig Erinnerungen....

Das selektive Gedächtnis der weiß-rot-blauen Rechten

Die Führungsspitze der PiS erinnert sich stattdessen daran, dass die Nominierung für das Woiwodschaftsverwaltungsgericht in Warschau von Präsident Bronisław Komorowski an Szmydt übergeben wurde. Dies soll der Kronbeweis der weiß-rot-blauen Rechten sein, dass Szmydt ein Kumpel von Tusk ist. Sie „vergessen“ jedoch bequemerweise, dass Szmydt von Präsident Lech Kaczyński zum Bezirksgericht befördert wurde. Präsidenten vergeben tausende solcher Ernennungen, und die Tatsache, dass der Ehemann der reuigen Haterin Kleine Emi sie von den Präsidenten Kaczyński und Komorowski erhalten hat, beweist gar nichts.

Dass stattdessen nur über einen von ihnen gesprochen wird, zeigt, wie sehr es der PiS nach der Flucht von Szmydt unterm Sessel brennt. Der Richterhasser schwamm während ihrer Regierungszeit wie ein Krapfen in der Butter. Er flüchtete erst, als eine Option an die Macht kam, die die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit nach europäischem Vorbild zu einem ihrer Hauptziele machte.

Man muss schon mehrfach auf den Kopf gefallen sein oder einfach nur lügen (ich tippe auf Letzteres), um Szmydt mit der jetzigen Regierung in Verbindung zu bringen, denn einige Jahre, nachdem Onet den Internethetz-Skandal aufgedeckt hatte, begann er, seinen Hass auf seine Mitstreiter in Ziobros Ministerium zu schütten. Der Mann machte jahrelang Karriere von der Gnade der PiS, eine Karriere, die weit über die üblichen und kollektiven Ernennungen hinausging.

Und es wird nicht durch das Geschrei der Trolle (zumindest der bezahlten, hoffe ich, und nicht der dummen) überdeckt, dass Szmydt der Mann - wechselweise - der Journalistinnen Marta Gordziewicz oder Justyna Dobrosz-Oracz ist, weil diese, als das Thema der Hegemonie bei Ziobro aufflammte und er sprechen wollte, ihm Fragen stellten. Werden sie tatsächlich noch dümmer werden? Warten wir ab, sie fangen gerade erst an.

Polen in der Union oder Polen in Russland

Am 15. Oktober 2023 hatten wir als Polen das große Glück, unser Land auf einen Kurs zurück in die Europäische Union zu bringen. Denn Kaczyński und seine Entourage orientierten sich nach Osten, was sich gerade in dem Bestreben zeigte, die Justiz parteiischer zu machen, sowie in der Ablehnung - wie in Russland - durch Frau Julia Przyłębska, der „gesellschaftlichen Entdeckung“, von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, sofern sie der Machtelite nicht gefallen.

Robert Mazurek hat Unrecht, wenn er seufzt und mit den Augen rollt, wenn er sagt, dass jetzt versucht wird, Szmydt wie eine heiße Kartoffel wegzuwerfen. In dieser Situation ist es von größter Bedeutung, mit wem Tomasz Szmydt in Verbindung gebracht wurde.

In Polen gibt es eine verhängnisvolle Allergie gegen Zusammenhänge: Jedes derartige Ereignis wird separat und stückweise betrachtet, als wäre es ein unglücklicher Unfall. Die Wahrheit ist, dass Szmydt, der in Russland und Belarus verliebt ist, der Liebling der früheren Regierung wurde, um russische Standards nach Polen zu bringen.

Politiker der PiS, die „Polen, Polen!“ riefen, erwürgten NGOs - wie Putin, starteten eine staatliche Hetze gegen LGBT-Menschen - wie Putin, und versuchten, Richter an die Leine zu nehmen - wie Putin. Sie hätten keinen besseren Mann als Tomasz Szmydt finden können, um ihre Ziele zu erreichen. Die Lügen der PiS werden diese Fakten nicht auslöschen.

Zsfg.: AV

<https://natemat.pl/554969,dryjanska-szlag-mnie-trafia-gdy-pis-klamie-ws-zdrajcy-tomasza-szmydta>

Ein solches Gerichtsverfahren hat es in Polen noch nie gegeben. Schlesischer Einwohner verklagt den polnischen Präsidenten wegen Verletzung der Verfassung



Quelle: wyborcza.pl

Von **Marcin Pietraszewski**

Am 10. Mai beginnt vor dem Bezirksgericht in Warschau ein Zivilprozess, in dem der Präsident der Republik Polen der Angeklagte ist. Gerard Weychert aus Schlesien hat Andrzej Duda beschuldigt, gegen die Rechtsstaatlichkeit zu verstoßen. Zu den Zeugen werden auch ehemalige Präsidenten des Verfassungsgerichts gehören.

Die Klage in diesem Fall wurde im Juli 2020 eingereicht, aber das Warschauer Gericht hat erst jetzt den Termin für die erste Anhörung festgelegt. „Man kann sehen, dass die achtjährige Justizreform von Zbigniew Ziobro eher gescheitert ist“, sagt Weychert, der in einer kleinen Stadt im Bezirk Wodzisław in Schlesien lebt und auch die Bergbau-Wohnungsgenossenschaft in Jastrzębie-Zdrój leitet, mit einem schiefen Lächeln. Er reist bereits am Donnerstag nach Warschau, weil er sichergehen will, dass er trotz der Solidarność-Demonstration in Warschau am Freitag in den Gerichtssaal kommt. „Ich habe vier Jahre auf den Prozessbeginn gewartet, ich möchte die erste Anhörung, die um 9 Uhr beginnt, nicht verpassen“, betont er.

Schlesischer Einwohner fordert von Andrzej Duda eine Entschuldigung für die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit

Wegen Verletzung der Rechtsstaatlichkeit fordert Weychert vom Präsidenten der Republik Polen eine Entschädigung in Höhe von fünftausend Zloty sowie die Veröffentlichung der folgenden Entschuldigung auf der Website Prezydent.pl: „Der Präsident der Republik Polen - Andrzej Duda - als Vertreter des Staates und höchstes Organ der Staatsgewalt, das verpflichtet ist, die Einhaltung der Verfassung der Republik Polen zu gewährleisten, entschuldigt sich bei dem Kläger Gerard Weychert für die rechtswidrige Verletzung seines Rechts als Bürger der Republik Polen, in einem demokratischen Rechtsstaat zu leben, in dem die sich aus der Verfassung der Republik Polen und dem ratifizierten EU-Recht ergebenden rechtsstaatlichen Grundsätze von den Behörden beachtet werden.“

Gerard Weychert wies in der Klage auch darauf hin, dass Andrzej Duda eine Entschuldigung verlesen soll während einer Pressekonferenz, zu der er folgende Medien einladen soll: TVN, Polsat, „Gazeta Wyborcza“ und „Rzeczpospolita“. Außerdem forderte er das Gericht auf, Präsident Duda „jedes weitere Verhalten zu untersagen, das gegen die Grundsätze eines demokratischen Rechtsstaates verstößt, mit der gleichzeitigen Verpflichtung, Maßnahmen zum Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung in der Republik zu ergreifen“.

Vorwurf: Schaffung eines Gesetzes, das die Unabhängigkeit der Richter negiert

In seiner Klage gegen den Präsidenten erinnerte Weycherts Anwalt daran, dass das Staatsoberhaupt die Pflicht hat, die Rechtsstaatlichkeit und die Verfassung zu wahren sowie die größtmögliche Sorgfalt walten zu lassen, wenn es darum geht, Maßnahmen zu ergreifen oder zu verhindern, die zu einer Verletzung der Regeln eines demokratischen Rechtsstaates führen könnten. In der Zwischenzeit wurde in den letzten Jahren „durch die Handlungen und Unterlassungen des Präsidenten der Republik Polen, Andrzej Duda, die Rechtsstaatlichkeit der Verfassung verletzt, was wiederum das Recht des Klägers verletzt hat, in einem Staat - der Republik Polen - zu leben, in dem die Machtorgane die Rechtsstaatlichkeit respektieren“.

Als Beispiele für die Verletzung der Rechtsstaatlichkeit nannte Weychert die Krise um das Verfassungsgericht, die Zusammenlegung der Ämter des Generalstaatsanwalts und des Justizministers, die Verabschiedung von Gesetzen, die die richterliche Unabhängigkeit und die Unabhängigkeit der Justiz negieren, sowie die Krise um den Obersten Gerichtshof und den Nationalen Justizrat.

Klage: Das Verhalten des Präsidenten hat die verfassungsmäßige Ordnung beeinträchtigt

Der in Schlesien lebende Kläger vertrat die Auffassung, dass die Handlungen des Präsidenten der Republik Polen seine persönlichen Rechte verletzt hätten. [...]

Der Fall ging ursprünglich an das Regionalgericht in Rybnik, das 2020 von Zbigniew Ziobro gegründet wurde. Die dortigen Richter entschieden jedoch sofort, dass der Präsident der Republik Polen von der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte ausgeschlossen sei und wiesen die Klage ab. Weychert war damit nicht einverstanden, und seine Meinung wurde vom Berufungsgericht in Kattowitz bestätigt. Es entschied, dass der Präsident der Republik Polen vor dem Staatsgerichtshof für die Verletzung der Verfassung, eines Gesetzes oder eines Verbrechens verantwortlich gemacht werden kann. „Die Verfassung der Republik Polen normiert jedoch nicht die Grundsätze der zivilrechtlichen Haftung des Präsidenten der Republik“, erklärten die Kattowitzer Berufungsrichter. Sie ordneten an, dass die Klage gegen das Staatsoberhaupt angenommen wird. Im Jahr 2021 ging der Fall an das Bezirksgericht in Warschau. Unter Hinweis auf die hohe Arbeitsbelastung hat das Gericht erst jetzt den Termin für die erste Anhörung festgelegt.

Bei den Zeugen handelt es sich um alle ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichts.

„Ich hoffe, dass sich nach dem Sturz der PiS-Regierung ein unabhängiges und unparteiisches Gericht den Fall gründlich untersucht“, sagte Weychert. Er möchte, dass eine endgültige Entscheidung vor August 2025 getroffen wird, wenn Andrzej Dudas zweite Amtszeit endet. Dies scheint jedoch unrealistisch zu sein.

Gerard Weychert hat alle ehemaligen Präsidenten des Verfassungsgerichts (mit Ausnahme von Julia Przyłębska) als Zeugen in seinem Prozess gegen den polnischen Staatspräsidenten benannt. „Sie sind die

unbestrittenen juristischen Autoritäten in Polen. Ich hoffe, dass die Anwälte der Generalstaatsanwaltschaft, die den Präsidenten vertreten werden, mit Verständnis zuhören werden, was diese Leute zu sagen haben“, betonte Weychert.

Die Pressestelle des Präsidentsamtes hat sich zu dieser Angelegenheit nicht geäußert.

Zsfg.: JP

<https://katowice.wyborcza.pl/katowice/7,35063,30955325,takiego-procesu-jeszcze-w-polsce-nie-bylo-mieszkaniec-slaska.html>

„Gazeta Wyborcza“ stellte fest, dass der Richter Szmydt, der nach Weißrussland geflohen war, darüber entschied, wem er Zugang zu geheimem Material gewährte, auch der NATO



Quelle: wyborcza.pl

Von **Marcin Rybak**

Der Richter Tomasz Szmydt, der nach Weißrussland geflohen ist und dort um politisches Asyl gebeten hat, war am Warschauer Regionalverwaltungsgericht unter anderem für Geheimverfahren zuständig. Für den 4. Juni wurde er in das Gremium berufen, das den Zugang zu geheimen Informationen, einschließlich Geheimnissen der NATO, der EU und der Europäischen Weltraumorganisation, gewährt.

Richter Szmydt ist über die Türkei nach Weißrussland geflohen.

Der Richter Tomasz Szmydt war während der PiS-Regierung privilegiert. Unter anderem arbeitete er im so genannten Neo-KRS, dem Nationalen Justizrat, der dank der Gesetze von Zbigniew Ziobro eingerichtet wurde, die gegen die Rechtsstaatlichkeit in Polen verstoßen. Er war auch einer der Protagonisten der Hass-Affäre, in der eine Gruppe von PiS-freundlichen Richtern Anwälte verleumdete, die gegen die von Ziobro eingeführten Änderungen in der Justiz und den Strafverfolgungsbehörden opponierten.

Inoffiziellen Informationen zufolge könnte Richter Szmydt über die Türkei nach Minsk gebracht worden sein. Der Fall seiner Flucht nach Weißrussland wird bereits von polnischen Diensten untersucht.

Die Agentur für Innere Sicherheit (ABW) hingegen hat bereits eine Untersuchung eingeleitet, um zu prüfen, zu welchen Geheimnissen Richter Szmydt Zugang hatte.

Wir überprüfen die Verhandlungslisten von Richter Szmydt, der nach Weißrussland geflohen ist

„Wyborcza“ überprüfte die Urteilsdatenbank und die Gerichtskartei des Warschauer Landesverwaltungsgerichts, wo der geflüchtete Richter arbeitete.

Es stellte sich heraus, dass Richter Szmydt Zugang zu einer Menge sensibler und potenziell wertvoller Informationen hatte. Allein am 4. Juni sollte das Administrationsgericht in einem Gremium mit ihm Beschwerden über die Verweigerung der „Sicherheitsüberprüfung“ anhören.

Es handelt sich um eine Genehmigung für den Zugang zu Verschlusssachen einer bestimmten Kategorie. Jeder, der einen solchen Zugang benötigt, wird zunächst von der Agentur für Innere Sicherheit und, im Falle von Soldaten, vom Militärischen Abschirmdienst überprüft. Der Leiter dieses Dienstes entscheidet als Erster über die Genehmigung oder Verweigerung der Genehmigung. Gegen eine solche Entscheidung kann beim Administrationsgericht in Warschau Berufung eingelegt werden.

In einem Fall, der für den 4. Juni angesetzt war, sollte das Gericht unter Beteiligung von Szmydt eine Beschwerde über die Verweigerung der Zulassung von Material der Kategorie „geheim“ beurteilen. Dies ist eine der höchsten Geheimhaltungskategorien, die es in Polen gibt. Nur die Kategorie „streng geheim“ ist noch höher.

Drei weitere Anhörungen sollen über die Verweigerung des Zugangs polnischer Beamter, Soldaten oder Offiziere, zu den Geheimnissen internationaler Organisationen durchgeführt werden.

In einem Fall handelt es sich um die Kategorie „NATO Secret“, die ebenfalls zu den höchsten Geheimhaltungsgraden gehört, in einem anderen Fall um die Kategorie „EU Secret“, die zu den höchsten Geheimhaltungsgraden der Europäischen Union gehört, und schließlich im letzten Fall um die Kategorie „ESA Secret“, die zu den höchsten Geheimhaltungsgraden der Europäischen Weltraumorganisation gehört.

„Solche Verfahren vor dem Verwaltungsgericht“, so ein ehemaliger Offizier mit Erfahrung in der Spionageabwehr gegenüber der „Wyborcza“, „gelten sowohl für Fälle, in denen jemandem in der Agentur für Innere Sicherheit (ABW) oder Spionageabwehr (SKW) der Zugang zu Geheimnissen verweigert wurde, als auch für Fälle, in denen jemandem der Zugang gewährt und dieser wieder entzogen wurde. Zum Beispiel wegen einiger Erkenntnisse unserer Spionageabwehr, oder wenn sich herausstellte, dass der Betroffene eine Krankheit verschwiegen hatte, die Tatsache, dass er wegen Depressionen behandelt wurde oder dass einige Einkünfte aufgetaucht waren, deren Quellen schwer zu erklären sind. Zwar sind die Entscheidungen über den Entzug der Sicherheitsfreigabe sehr allgemein gehalten und geben keine konkreten Erkenntnisse preis, aber für die ausländischen Dienste kann ein solches Wissen von unschätzbarem Wert sein. Denn es verrät immerhin, woran oder an wem unsere Spionageabwehr interessiert ist.

Das ist noch nicht das Ende der Geschichte. Für den 11. Juni ist eine Anhörung in Anwesenheit von Richter Szmydt anberaumt, bei der es um die „Mobilisierungsbeihilfe für Arbeitnehmer“ geht. Die Einzelheiten des Falles sind uns nicht bekannt. Bekannt ist nur, dass es um die Zuweisung von zivilen Fachkräften, die von der Armee benötigt werden, an bestimmte Militäreinheiten für die Dauer des Krieges geht. Zum Beispiel für IT-Spezialisten.

Der Fall eines Polizeibeamten oder einer anderen Dienststelle wird in den kommenden Tagen ebenfalls auf der Tagesordnung der Spionageabwehr (WSA) mit Szmydt stehen. Das Gericht wird die Fragen seiner Versetzung auf einen anderen Dienstposten und des Entzugs seiner „Antiterrorismuszulage“ prüfen.

Richter Szmydt, der nach Weißrussland übergelaufen ist, ist eine Fundgrube an Wissen über Soldaten und Offiziere

„Die Frage ist, welches Wissen Richter Szmydt mit nach Minsk genommen hat“, fragt sich unser Gesprächspartner von den Sonderdiensten.

In der Datenbank der Entscheidungen der Spionageabwehr (WSA) in Warschau haben wir nicht viele Informationen über Entscheidungen im Zusammenhang mit der Prüfung von Beschwerden über die Verweigerung des Zugangs zu Verschlusssachen gefunden. Sicherlich werden die meisten derartigen Entscheidungen überhaupt nicht öffentlich gemacht. Aber im Juni 2022 saß Richter Szmydt zum Beispiel in

dem Gremium, das eine Beschwerde gegen die Entscheidung von Premierminister Mateusz Morawiecki, den Zugang zu Verschlussachen zu verweigern, prüfte.

Aus anderen Urteilen, an denen Richter Tomasz Szmydt mitgewirkt hat, geht hervor, dass er über ein beträchtliches Wissen über sensible Informationen verfügte, die für die mit Polen nicht befreundeten Länder von Interesse sein könnten. Er wusste außergewöhnlich viel über Soldaten und Offiziere verschiedener Dienste.

Er saß beispielsweise in Jurys, die über Beschwerden gegen Entscheidungen medizinischer Kommissionen bezüglich Gesundheit und Diensttauglichkeit in der Armee und der Polizei entschieden. Er kannte Einzelpersonen, die Streitigkeiten mit ihren Arbeitgebern bei der Polizei, der Armee oder den Diensten hatten. Ein Beispiel: Im November 2023 befasste sich die Spionageabwehr (WSA) in Warschau – mit Richter Szmydt als Mitglied – mit der Frage einer Personalentscheidung, die einen bestimmten Offizier der Agentur für Innere Sicherheit (ABW) betraf. Die Einzelheiten sind nicht bekannt. Bekannt ist nur, dass der Offizier den Leiter der ABW aufforderte, die ihn betreffende Personalanweisung aufzuheben, und weder der Leiter noch das Gericht waren damit einverstanden.

Das Gericht befasste sich - unter Beteiligung von Richter Szmydt - auch mit einer Reihe von Fällen im Zusammenhang mit dem Gesetz über die Kürzung der Pensionen für ehemalige Offiziere des kommunistischen Sicherheitsdienstes sowie unter anderem mit Streitigkeiten zwischen Offizieren oder Soldaten und ihren Vorgesetzten. So wurden ihnen beispielsweise verschiedene Leistungen aufgrund ihrer Dienstzeit verweigert.

„Eine wahre Fundgrube an Wissen über verschiedene Offiziere“, räumt ein Interviewpartner der „Wyborcza“ mit Erfahrung in der Spionageabwehr ein. „Das ist für ausländische Dienste aus verschiedenen Gründen sehr nützlich. Zum Beispiel, wenn es um die Typisierung von Kandidaten für Mitarbeiter ausländischer Geheimdienste geht. Unter denjenigen, die mit ihrer Situation unzufrieden sind oder die sich mit ihren Vorgesetzten, mit dem Staat über verschiedene - auch scheinbar unbedeutende - Fragen streiten.“

Staatsanwaltschaft untersucht Spionageverdacht des nach Weißrussland geflohenen Richters

Am Nachmittag gab die Staatsanwaltschaft bekannt, dass sie im Zusammenhang mit der Flucht von Richter Szmydt ein Verfahren wegen Spionage eingeleitet hat. Dies bedeutet, dass innerhalb von 30 Tagen entschieden werden muss, ob eine Untersuchung eingeleitet wird oder nicht.

Es wird geprüft, ob eine Untersuchung erforderlich ist, ob ausländischen Geheimdiensten Informationen geliefert wurden, die „der Republik Polen Schaden zugefügt haben könnten“. Eine solche Straftat wird mit acht Jahren bis lebenslänglicher Haft geahndet.

Was wichtig ist: Um für dieses Verbrechen verurteilt zu werden, muss dem Angeklagten nicht nur nachgewiesen werden, dass er Informationen an ausländische Dienste weitergegeben hat. Es muss nachgewiesen werden, dass dieses Wissen - das die Behörden eines unfreundlichen Staates erreichte - Polen hätte schaden können.

Zsfg.: JP

<https://wroclaw.wyborcza.pl/wroclaw/7,35771,30944883,sedzia-szmydt-ktory-uciekl-na-bialorus-zajmowal-sie-przyznawaniem.html>

ZITAT DER WOCHE



Quelle: [spiegel.de](https://www.spiegel.de)

„West oder Ost? Europa oder Russland? KO oder PiS? Das sind die Entscheidungen, vor denen Polen heute steht. Jeden Tag erfahren wir mehr Fakten, die bestätigen, dass dies die Bedeutung dieser Wahl ist. Niemand sollte mehr so tun, als ob er dies nicht sehen würde.“

Donald Tusk

Quelle: <https://www.facebook.com/share/p/4G4F8sRrvEGxyNDD/>

faz.de

Flucht aus Polen nach Belarus

<https://taz.de/Spionageskandal-in-Polen!/6009503/>

spiegel.de

Polnischer Grenzschutz nimmt russischen Überläufer fest

<https://www.spiegel.de/ausland/polen-grenzschutz-nimmt-russischen-ueberlaeufer-fest-flucht-via-belarus-a-ddd3c7b6-cf5e-4013-a7e6-4cd8595230ec>

merkur.de

Schwere Brigade gegen Putin: Nato-Staat fordert Konsequenzen für Russlands Drohungen

<https://www.merkur.de/politik/eu-verteidigung-ausgaben-strategie-nato-militaer-ukraine-krieg-russland-putin-polen-93048983.html>

faz.de

Kein Risiko mehr in Polen

<https://taz.de/Rechtsstaatsverfahren-der-EU!/6006173/>

rbb24.de

Zieht die polnische Armee Privatautos ein?

<https://www.rbb24.de/panorama/beitrag/av24/video-polen-update-armee-privatautos.html>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Christel Storch-Paetzold

Jerzy Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik